

Der Volksstaat

Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Beile berechnet.

Politische Uebersicht.

Das gerichtliche Zwangsverfahren gegen die „Frankf. Ztg.“ trägt der in ihm sich mit entschiedenster Unleichlichkeit ausdrückenden preussisch-deutschen Gewaltpolitik vorläufig die bittersten Beurteilungen auch von Seiten ihrer anerkannten und eragierten Freunde ein. So schreibt das entschieden reichsfreundliche „Wiener Fremdenblatt“ in einem längeren Artikel folgende inhaltsschwerere Worte:

„Der Fall der „Frankfurter Zeitung“ ist besonders geeignet, die öffentliche Meinung Europas zu einem entschiedenen Verdammungsurtheile des Verfahrens der preussischen Gerichte heranzufordern. Wir glauben nicht, daß es in beiden Hemisphären ein halbwegs anständiges Blatt gibt, das nur ein Wort der Entschuldigung, geschweige denn der Rechtfertigung dieses Verfahrens in seine Spalten aufnehmen wird. Wenn es der Berliner Reichsregierung darum zu thun ist, ihre Machtfälle und ihre vorherrschende Stellung gerade durch das Uebermaß der Unpopulartät und des Hasses, das sie ungestraft gegen sich herausbeschwören kann, darzutun, so hat sie diesmal ihren Zweck vollständig erreicht. Die Ausfichten, welche durch derartige Scandale sich dem deutschen Volke für die Zukunft eröffnen, sind nicht weniger als verlockend, und es dürfte, wenn auch spät, Zeiten eintreten, in denen man notwendig wieder an die höchsten Leistungen der Volkstugend, an die stärkste Anspannung der Sympathien und der Hingebung aller Angehörigen des Reiches appellieren muß, die man jetzt so hochmüthig in den Winkel schiebt und nach der, wie man glauben mußte, glücklich beseitigten Schablone des früheren Systems zu schubregeln sich gefällt.“

Die Wiener „Deutsche Zeitung“ spricht von der „ärgerlichsten Hanswurstaube“, die jemals ein übermüthiger — — mit der ehrwürdigen Dome Justitia angestellt habe. Das Londoner „Echo“ schreibt:

Wir sagen nichts von der Eitelkeit des Versuches, in solcher Weise den freien Meinungsdruck zu unterdrücken. Weit verwesslicher ist die Ungezügtheit des Aktes. Es ist nicht möglich, daß ein angeklärtes Volk mit einem Funken von Selbstachtung oder einem Anspruch auf Freiheit ein so schwerhändiges Verfahren erdulden kann, und indem die preussische Regierung dazu ihre Zuflucht nimmt, läßt sie Gefahr, die öffentliche Meinung gegen sich zu erregen und Sympathien für ihre Opfer zu erwecken. Wäre der Akt ein isolirter, so dürfte es möglich sein, ihn vielleicht als das Resultat von übermäßigem Eifer auf Seite eines unvernünftigen Subalternbeamten zu entschuldigen; aber er bildet einen Theil eines geregelten Planes. Man wird sich erinnern, daß vor nicht sehr langer Zeit der Berichterstatter eines englischen Journals in derselben Weise behandelt wurde, und thatsächlich sind Alle, die sich das Mißfallen der Berliner Regierung zuziehen, einer ähnlichen Bedrückung ausgelegt.“

Und so oder ähnlich urtheilen und verurtheilen alle Blätter des In- und Auslandes, welche überhaupt noch ein Wort über eine für die deutsche Regierung ungünstig gelagerte Angelegenheit zu sprechen wagen. Daß man sich an „oberster maßgebender Stelle“ aus dieser allgemeinen und energischen Mißbilligung strammer Kulturkampfmaßregeln sonderlich viel machen sollte, steht nicht zu erwarten! Höchst wahrscheinlich fühlt sich der einst „populärste“, später „bestgeachtete Mann in Deutschland“ ganz besonders bedrückt durch die Thatsache, daß er so rasch und bequem der Allgemeinheit verurtheilt werden konnte. Was übrigens die momentan etwas erbitterten und fopischen gewordenen Reichsfreunde anbetrifft, so freffen dieselben, wenn ihnen nächstens Ernst gezeigt werden sollte, doch wieder allerunterthänigst aus der Hand, welche gegen Freund und Feind gleich „genial“ die Fuchtel der Gewalt zu schwingen versteht.

Man schreibt uns aus Petersburg: Die bekannte Commission zur Untersuchung der sozialen Bewegung in Rußland, die das russische Volk einige Millionen Rubel allein gekostet hat und ausschließlich aus Staatsanwälten und Gendarmen zusammengesetzt war, hat, wie es scheint, ihre Arbeit vollendet. Präsident, Gendarmeriegeneral Sylozkin, ist zum Zeichen der allerhöchsten Zufriedenheit um seine Verdienste für Gyar und Vaterland (7) willen mit dem weißen Adlerorden decorirt worden. Das Resultat der rühmlichen Arbeit der Herren Sylozkin, (Schischarski) u. Comp. ist eine Reihe Prozesse, angestrengt gegen die Sozialisten, die geschworenen Feinde aller staatlichen und gesellschaftlichen „Ordnung“, die seit über einem Jahre die Casematten vor Festung von Petersburg und andere Gefängnisse füllten. Wir erwarteten einen Konstreprozeß mit Tausend Angeklagten, aber, wie es scheint, hat die Commission für gut gefunden, denselben in mehrere kleine Prozesse zu zerlegen. Den Anfang machte die vor 2 Monaten geführte Verhandlung gegen den Lehrer Donechki. Die Presse Rußlands hat kein Wort über diesen Prozeß verloren. Nur das sozialistische Parteiorgan „Vorwärts“ (London, Nr. 13, 1875) giebt darüber folgende kurze Notiz, die ihm durch Freundesband aus Petersburg zugekommen ist: „Der Senat urtheilte über Donechki in besonderer Sitzung ab, der nur Generale und hochgestellte Beamte bewohnten. Die Haltung des Angeklagten war eine würdevolle; das Urtheil lautete auf 7 Jahre Zwangsarbeit (Katorga). Die eingewendete Nichtigkeitsbeschwerde wurde als unbegründet zurückgewiesen.“ Der zweite Prozeß spielte wiederum in einer außerordentlichen Sitzung des Senats am 26. und 27. Juli. Die Mittheilungen der in Rußland erscheinenden Zeitungen, denen wir

diese Notizen entnehmen, betreffen nur einzelne Partien der Voruntersuchung und das Urtheil, bringen aber kein Wort über den Gang der Gerichtsverhandlung. Angeklagt waren 8 Personen: 1) Die Studenten Djakoff und Spirjakoff, die Arbeiter Gerasimoff und Alexandroff, der Propaganda für die sozialrevolutionäre Idee durch Reden und durch Verbreitung der „zum Aufstand anreizenden“ Schriften unter den Arbeitern und den Soldaten des Moskauer Leibgarde-Regiments. 2) 2 Soldaten, Zajess und Jansen, unter Anklage gestellt, weil sie trotz ihrer Mitwisserschaft die verbrecherischen Absichten der 4 ersten Angeklagten der Regierung nicht denutzigten (1). 3) 2 Studenten, Jelzess und Wischeslawoff, beschuldigt, verbotene Schriften ohne Erlaubniß der Regierung bei sich verwahrt zu haben. Das Urtheil lautet für die 4 ersten Angeklagten auf Verlust aller bürgerlichen Rechte und auf Festungs-Zwangsarbeit: Djakoff 10 Jahre, Gerasimoff und Alexandroff 9 Jahre, Spirjakoff 6 Jahre, für die Soldaten Zajess und Jansen auf Verlust ihrer militärischen Qualifikation und ihrer bürgerlichen Rechte und auf 1 1/2 Jahr Militärstrafanstalt, für die Studenten Jelzess und Wischeslawoff zu 6, resp. 10tägigem Gefängniß. Und damit war dann wieder einmal russischer Gerechtigkeit genug geschehen!

Die Arbeiterbewegung in Nordamerika ist insofern in eine neue Phase getreten, als sich unter den in verschiedene Gruppen getheilten Sozialisten der Drang nach Einigung in erfreulicher Weise geltend macht. So tagte vom 4.—6. Juli in Philadelphia der erste Congress der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Nordamerikas, aus dessen Protokoll wir kurz folgende wichtige Beschlüsse registriren:

- 1) Der Congress beschließt: Die Einigung der verschiedenen sozialistischen Gruppen dieses Landes anzubahnen.
- 2) Die Einigung ist auf der Basis einer gleichmäßigen Vertretung anzubahnen. Die neu zu erwählende Exekutive ist beauftragt, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen.
- 3) Der Congress erklärt: „Daß unter den heutigen Verhältnissen die Organisation der Arbeiter in Gewerksvereinen nothwendig ist, und soll jedes Mitglied der Partei verpflichtet sein, Mitglied seines Gewerk-Vereins zu werden, oder wo solche nicht existiren, solche zu gründen suchen.“
- 4) Der Sitz der Exekutive soll Philadelphia, der der Control-Commission New-York, der Ort des nächsten Congresses Detroit sein.

Willkommen! Parteigenosse Paul Grottkau ist am 12. August, nachdem er eine Haft von 16 Monaten in Stettin verbüßt hatte, in unsere Mitte zurückgekehrt. Grottkau wurde in Folge einer Rede über die Pariser Commune, die er am 18. März 1874 gehalten hatte, verhaftet und zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt. Die übrige Haft hatte er sich wegen eines Artikels in der „Roten Patrone“ zugezogen.

Unter dem 12. August schreibt der „Braunsch. Volksfreund“: Soeben, Nachmittag 3 1/2 Uhr, erreicht den Verlagsbuchhändler B. Brade jr. in Braunschweig nachstehende Mittheilung:

Hierdurch eröffne ich Ihnen, daß die von mir auf Grund der Broschüre „Die Pariser Commune vor den Berliner Gerichten“ wegen Verletzung des § 130 des R.-St.-G.-B. gegen den Verfasser derselben, Joh. Rosk, erhobene Anklage von hiesigem Herzogl. Kreisgerichte zurückgewiesen und die Wiederaufhebung der Beschlagnahme der fraglichen Druckchrift verfügt ist, weil in derselben ein Verstoß gegen § 130 cit. nicht enthalten sei.

Die Rücksendung der in Leipzig und München beschlagnahmten Exemplare ist verfügt.

Braunschweig, 9. August 1875. Der Staats-Anwalt. C. Rosk.

Die Schrift, auf welche aufmerksam zu machen uns zu besonderem Vergnügen gereicht, ist demnach wieder zu haben.

Gewerksgenossenschaftliches.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Die Holzarbeiter in Darmstadt werden hiermit aufgefordert, umgehend an Untereichneten eine Adresse einzusenden, an welche die „Union“ gesandt werden kann, weil zwei Sendungen an Röhre, Pouisenstraße 24, wieder zurückgekommen sind.

Namens des Ausschusses der Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Bruno Roje, Herrengraben 95, 1, Hamburg.

Correspondenzen.

Berlin. Sonntag, den 1. August, fand hier wieder einmal eine Generalversammlung der Maurer Berlins und Umgegend statt, wie wir solche seit langer Zeit nicht sahen. Jeder nur irgend zugängliche Platz war mit einem sonnengebräunten Gesicht besetzt. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung hatten es vermocht, in die seit einiger Zeit eingerissene Leihgarde Bresche zu schießen. Die Tagesordnung lautete: 1) Die Einführung einer Baugewerks-Hilfskasse für Krankheit, Hilflosigkeit und Sterbefälle seitens der vereinigten Baugewerks-Arbeitgeber Deutschlands. 2) Die endgültige Vereinigung der Maurer, Steinhauer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. 3) Die Entlassung des Herrn Paul Grottkau aus dem Stettiner Gefängnisse nach 16monatlicher Haft. Zum ersten Punkt ergriff Duxleumann das Wort und machte die schon im „Neuen Sozialdemokrat“ besprochene Mittheilung, daß unsere

Brodherren (so nennen sie sich nämlich gar gerne) mit einer väterlichen Fürsorge für uns besorgt seien, die selbst die übertriebensten Erwartungen überträfen. Diese Herren suchen nämlich, da alle Anträge an uns, selbst das mehrmalige Petitioniren um Einführung des Contraktbruch-Gesetzes beim Parlament erfolglos war, jetzt in Samariterdiensten zu operiren. Man quält sich förmlich ab, und die Ueberzeugung beizubringen, wie es ja doch so schön und überhaupt nothwendig sei, bei etwaiger Invalidität, Krankheits- und Sterbefällen unterstützt zu werden. Jedem Hülfslosen werde so zu sagen durch ihre Kassen geholfen. Diese zu gründende Kasse soll nur von den Brodherren (!) gegründet und unterhalten werden, der Arbeiter hat mit ihr nichts weiter zu thun, als, so oft er eben will, so und so viel Markt einzufadeln. Wenn die Herren, so fuhr der Redner fort, nunmehr die so lange bestrittene Ueberzeugung haben, daß von unserm Arbeitsverdienst noch solche Trinkgelder übrig bleiben, so mag man sie uns mit unserer allsonnabendlichen Abfindungssumme zahlen; wir haben keine Ursache, uns solche Ersparnisse machen zu lassen, und zwar umso weniger, als dem Gesellen jede Gelegenheit entzogen ist, über die Verwaltung seiner ihm indirekt abgezogenen Gelder wachen zu können. Unser ganzes Prinzip stützt sich ja eben auf die gewonnene Ueberzeugung, selbst majorenn zu sein; jedes Vormundschafswesen ist ausgeschlossen. Diese Kasse hat keinen andern Zweck, als das nunmehr selig entschlafene, sogenannte familiäre Verhältnis auszuwärmen und Gelegenheiten zu haben, den Arbeiter vor Ausartung (!) zu schützen. Ähnlich sprachen sich alle darauf an der Debatte theilnehmende Redner aus; besonders treffend und scharf geistelte Herr Lange folches Vorhaben, und wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

„Die in Aussicht genommene Unterstützungskasse für Bau-Gesellen, Arbeiter und Lehrlinge seitens der vereinigten Bau-, Maurer- und Zimmermeister kann schon deshalb die Zustimmung der Arbeiter nicht finden, weil diese Unterstützungskasse nur solche sein können, welche den Arbeitern an ihren Löhnen nicht voll abgezahlt wurden. Denn anzunehmen, daß diese Herren von einer so großen Sorgfalt um unser Wohl besetzt seien und daß sie bereit sein könnten, von andern Geldern den Arbeitern Unterstützung zu zahlen, als von den ihnen entzogenen, dazu liegt durchaus keineswegs ein Grund vor. Diese Ansicht wird auch unterstützt durch die letztjährigen Austritte dieser Herren (Arbeitsausstufte etc.). Diese Sorgfalt ist wieder als eine dem Zeitgeist entsprechende nicht zu betrachten, weil selbst der Geist der reaktionärsten Gesetzgebungen die freie Selbstbestimmung garantiert, die Einrichtung der beregten Kasse aber dieses Prinzip unterdrückt. Die Versammlung erklärt die Zustimmung, einer solchen Kasse willenlos anzugehören, für unmoralisch.“

Ebenso lebend wirkte die Mittheilung im 2. Punkt der Tagesordnung, von der nunmehr endgültig in den Tagen vom 12. bis 14. Juli in Hamburg vollzogene Einigung beider Richtungen des Gewerks, und ist nach den darauf folgenden Kundgebungen zu schließen, daß der Geist unter den Bauarbeitern wieder ein regerer wird. Auch rief die Mittheilung über die am 12. August zu erfolgende Entlassung des Herrn Paul Grottkau aus dem Stettiner Gefängnisse allgemeine Theilnahme hervor. Am 14. d. findet im „Prater“ (Kastanien-Allee) eine Empfangsfeierlichkeit statt. Eine Teller Sammlung zeugte schließlich am Besten von dem Geiste der Versammlung, sie ergab 253 Mark.

Mit brüderlichem Gruß
F. Bertholz, Schriftführer.

Zowawek, 2. August. (Allgemeiner Bericht und woberne „Staatsretterei“.) Nachdem nun die Vereinigung der deutschen Sozialdemokraten zur Thatsache geworden ist, haben auch die hiesigen Sozialisten zur Ausbreitung der Partei eine rege Agitation entfaltet, und sind zu diesem Zwecke mehrere Volksversammlungen abgehalten worden. Am 20. Juli wurde eine Versammlung aufgeführt, weil dieselbe nach der Eröffnung eine Stunde vertagt worden war; die Pause hatte kaum begonnen, so wurde aufgeheißt. Zu Sonntag den 27. Juli, Vormittags halb 11 Uhr, wollte unser Parteifreund Leonhardt eine Volksversammlung anmelben; der Herr Amtsvorsteher verweigerte aber die Bescheinigung mit dem Bemerken, Leonhardt solle vom Prediger eine Bescheinigung bringen, wann der Gottesdienst zu Ende sei. Darauf gab ich mich denn zum Amtsvorstande, um die Versammlung anzumelden; derselbe erklärte mir aber, daß er bei dem bleibe, was er vorher zu Bernhard gesagt habe. Ich berief mich jedoch auf das Vereins- und Versammlungsrecht, wovon seine Handlungsweise ganz und gar ungesetzlich sei. Da mir der Herr Amtsvorsteher sagte, weshalb ich darauf bestche, daß die Versammlung um halb 11 Uhr stattfinden sollte und nicht später, so trug ich seinem Wunsch Rechnung und änderte die Anmeldung auf 11 Uhr um; doch auch nun sagte der Herr, er wisse nicht, ob der Gottesdienst um 11 Uhr schon zu Ende sei. Auf meine Frage, ob der Herr Prediger vielleicht bis Nachmittags 5 Uhr predige, gab er mir zur Antwort, das wisse er nicht. Doch man möge nicht denken, daß mir nun die Bescheinigung erteilt wurde. Es sollte nämlich, nachdem sich der erste Akt abgespielt, ein anderer beginnen. Der Herr Amtsvorsteher verlangte nun, ich solle ihm die Tagesordnung und den Referenten auf der Aunmlung angeben, das Vereins- und Versammlungsrecht schreibe dies vor. Zum Glück war ich aber besser mit diesem Gesetze betraut, als es sich der weise Herr dachte; ich machte ihn darauf aufmerksam, daß ich nach dem Gesetze, welches er mir eben angeführt, nicht dazu verpflichtet bin. Und als somit der zweite Akt abgespielt war und der Herr Amtsvorsteher sah, daß er doch nichts andrücken konnte, sagte er zu jenem Schreiber: „Na, Ernst, denn schreibe mal solche Beschei-

*) Der russische Zensurort.

nigung". Die Versammlung wurde durch rote Plakate bekannt gemacht. Die Herren Baumann und Stolten aus Berlin sprachen über das Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zur größten Zufriedenheit. Doch, o Graus, am Tage nach der Versammlung lesen wir in den beiden offiziellen Käseblättern eine Polizeiverordnung, in welcher das Ankleben von Placaten, Bekanntmachungen u. s. w. an den Häusern, Bäumen u. s. w., ohne vorherige Genehmigung der Polizeibehörde, verboten wird. Zuwiderhandeln werden mit einer Geldstrafe bis zu 9 Mark bestraft. Also mit derartigen Polizeiverordnungen sucht man den Sozialismus aus der Welt zu schaffen. Doch weiter! Am 24. Juli hielten wir eine öffentliche Arbeiterversammlung ab. Da dieselbe um 11 Uhr ihr Ende noch nicht erreicht hatte, forderte der überwachende Gensdarm den Wirth auf, Feierabend zu bieten, was auch geschah. Ich machte nun der Versammlung bekannt, daß das Feierabendbieten in Versammlung nichts angehe, sondern daß nur damit gesagt sei, daß von da ab keine Getränke mehr verabfolgt werden dürften. Der überwachende Gensdarm fragte mich dann, ob ich mit meiner Versammlung nach Hause gehen wollte, oder nicht? worauf ich antwortete, daß wenn die Versammlung geschlossen sein wird, wir, ohne eine derartige Aufforderung, das Lokal verlassen würden. Am 27. Juli hielten wir in einem anderen Lokal (unser bisheriger Wirth hatte sein Lokal verkauft) eine Versammlung der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter ab. Als der Vorsitzende einen Aufruf der Vorortverwaltung zur Erhebung einer Extrasteuer verlesen, erklärten die überwachenden Gensdarmen den „Berein“ für aufgelöst und nahmen sogar noch einige Zeitungen mit. Der Staat war wieder einmal „gerettet“. Hat doch schon ein Gensdarm eine Versammlung aufgelöst, weil der Redner sagte, er wolle über das Thema sprechen; also kann uns dies gar nicht wundern. Einem unserer neuen Wirths gingen von dem wohlwollenden Amtsvorsteher folgende beiden Ankündigungen zu:

Ihnen hierdurch die Anzeige, daß die Ihnen unterm 15. Juli ertheilte Erlaubniß, die Versammlungen des Vereins „Deutscher Bürger“ eine Stunde über die Polizeistunde ausdehnen zu dürfen, entzogen worden ist.
Rowaweg, 27. Juli 1875.

Der Amt-Vorsteher.
Müde.
Die Ihnen ertheilte Erlaubniß, Ihre Gäste Abends eine Stunde länger bewirthen zu dürfen, wird Ihnen hierdurch wieder entzogen.
Rowaweg, 27. Juli 1875.

Der Amt-Vorsteher.
Müde.
Mögen sich die deutschen Arbeiter selber ein Urtheil hierüber bilden. Nur möchte ich den beiden Gensdarmen noch bemerken, daß erstens gar kein Verein hier existirt, und würde wirklich ein Verein bestehen, so reichte doch die Macht der Gensdarmen nicht aus, um denselben zu schließen. — Nun, Parteigenossen von Rowaweg und Umgebung, fordere ich Euch auf, haltet treu und fest zur Fahne des Sozialismus, und thun wir dies, dann werden wir auch, trotz dergleichen Machinationen, Großes erringen.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Der Agent: E. Wille.
Erlangen. Freitag den 30. Juli hielten wir seit langer Zeit wieder eine Volksversammlung im Sauerzapfen-Saale ab, welche trotz des ungünstigen Tages sowohl von Arbeitern als auch von Studirenden zahlreich besucht war. Die Tagesordnung war: Das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, ihre Bestrebungen und Ziele; Referent Reichstagsabgeordneter W. Hasenclever aus Hamburg. Referent entledigte sich seines Referates in 2-stündigem Vortrag in glänzender Weise, so daß jeder Zuhörer vollkommen befriedigt war. Anlässlich des Vortrages kam auch Referent auf die akademische Jugend zu sprechen und sagte unter Anderem: Jetzt seien die Herren Sozialdemokraten, wenn dieselben aber einmal Staatsanwälte u. s. werden, so werden sie Lessendorfs und Stiebers, worauf von den zunächststehenden Studirenden einige Ohos und Nein erfolgten, auf die Redner erwiderte, es solle ihn sehr freuen, wenn es von einigen der Herren nicht der Fall wäre. Die Versammlung verlief ausgezeichnet, und hat der Vortrag des geehrten Referenten uns wieder den verlorenen Boden gewonnen, noch einige solche Versammlungen und der steinige Ader, auf dem bis jetzt hier gepflügt wird, wird reichliche Früchte tragen. R.

St. Johann a. d. Saar, 4. August. Um sich ihrer Arbeiter vollständig zu versichern, und um solche, bei denen sie etwas Aufklärung vermutet, wieder zu den alten Titaneien zu bekehren, hat die hiesige Kgl. Eisenbahndirection folgendes Verfahren für geeignet erachtet. Sie hat unter ihre Arbeiter, ohne deren Wünsche zu berücksichtigen, den bekannten „Arbeiterpiegel“ von Hartort vertheilt und hoffte nun, daß es ihr gelingen werde, die Früchte dieser Anstalt in Ruhe zu genießen. Jedoch so ganz glatt sollte es dabei doch nicht abgehen. Ein in dem benachbarten Maßstätt wohnender, an der Eisenbahn arbeitender Schlosser Namens L. nahm bei dieser Gelegenheit Veranlassung, einer Wohlh. Eisenbahndirection den Beweis zu liefern, daß es auch noch Arbeiter gibt, welche sich so weit klar sind, daß sie wissen, wem sie zu glauben haben und wer am energischsten ihre Interessen vertritt. Er schickte daher den octroyirten Arbeiterpiegel nebst mehreren Nummern des „Volksstaat“, darunter die treffende Recension des Hartort'schen Nachwerks, an die Eisenbahndirection und begleitete diese Aufgebung mit folgendem Briefe:

„Einliegend sende ich Einer Wohlh. Eisenbahndirection den mir vor drei bis vier Wochen überreichten „Arbeiterpiegel“. Die dafür ausgelegten Kosten hätte Eine Wohlh. Direction für bessere Zwecke verwenden können. Ich kann mir nur den hiermit beigefügten „Volksstaat“ empfehlen, den ich schon seit mehreren Jahren lese und auch fernher lesen werde.
Achtungsvoll pp.“

Welche verblüfften Gesichter die Herren von der Eisenbahn wohl gemacht haben mögen, als sie diesen Brief bekamen, ist leicht begreiflich. Sie hatten nun nichts Eiligeres zu thun, als den Arbeiter, der es gewagt hatte, eine eigene Ansicht zu haben, vor den Maschinenmeister zu citiren, wo sich folgendes Verhör entspann: Frage (des Maschinenmeisters): Warum schickten Sie der Direction den „Arbeiterpiegel“ und den „Volksstaat“? Antwort: Ich wollte derselben Gelegenheit geben, den Inhalt zu vergleichen und zu urtheilen, was gut und nicht gut ist für einen Arbeiter. Frage: Sie lesen den „Volksstaat“, den Sie misshandeln? Antwort: Ja. Frage: Dann gehören Sie zur Umsturzpartei! Im Jahre 1848 war es auch schon so. Antwort: Damals waren die Arbeiter noch nicht gebildet genug. Frage: Es können doch nicht zwei Regenten in einem Staate sein, folglich sind Leute, die solche Zeitungen lesen, Revolutionäre. Antwort: Freilich, eine Regierung muß da sein. Uebrigens lesen nur ordentliche Leute dieses Blatt. Darauf lautete der Bescheid des Herrn Maschinenmeisters: „Durch Befehl der Direction sind Sie entlassen; Sie sind staatsfeindlich.“

Uebrigens hätten Sie den „Arbeiterpiegel“ ja gar nicht zu lesen brauchen. In acht Tagen hören Sie auf zu arbeiten.“

Dieses ist die Art und Weise, wie man kulturkämpferischerseits die soziale Frage zu lösen bestrebt ist. Wer sich erdreistet, eine eigne, von der schablonenmäßigen abweichende Ansicht zu haben, wird auf's Pfahler gesetzt. Es lebe die Freiheit!

Kopenhagen, 9. August. (Zum Cigarrenarbeiterstreik.) Hiermit erlaube ich mir mitzutheilen, daß unser Streik zwar noch nicht beendet ist, daß wir aber denselben ferner selbst durchführen können, da die meisten Arbeiter derjenigen Fabrikanten, welche sich bis jetzt hartnäckig geweigert haben, auf unsere Forderung einzugehen, bis auf Wenige, Beschäftigung gefunden haben. Es ist uns nun darum zu thun, den Herren Fabrikanten Nobel, Olaf Nielsen, Frank's Wittve und Rasminsen die Arbeitskräfte abzuschneiden, obgleich außer Nobel die Andern Nichts bedenten, und wir bitten deshalb, den Bezug bis auf weitere Nachricht fernzuhalten.

Indem ich im Namen aller hiesigen Kollegen unsern deutschen Kollegen und allen Parteigenossen meinen verbindlichsten Dank sage für die gesammelten Beiträge, gebe ich die Versicherung, daß wir gern bereit sind, Gegenstände zu leisten. Es lebe die internationale Arbeiterfrage. Mit sozialdemokratischem Gruß

P. E. Johnsen, Präses des Cigarrenarbeiter-Bereins.
Nachstehend verzeichne ich die seit der letzten Abrechnung eingesandten Beiträge aus Deutschland: Hamburg v. Kottkamp, den 29. Juli 85 Mark, Hamburg, den 2. August 85 Mark, Hamburg, den 5. August 110 Mark, Hanau von Philipp Spahn, den 27. Juli 21 Mark, Berlin von Rehner 60 Mark, Rendsburg von Kohns 4 Mark 50 Pf., Flensburg von Leiding 8 Mark 45 Pf., Neumarkt in Schlesien von M. Schwenne 6 Mark 80 Pf., Braunschweig von Chemann 40 Mark 50 Pf.
Die vorige Summe betrug 39 Mark.

Berichtigung. In der vorigen Abrechnung stand Bremen, es soll aber heißen: Burgdamm. D. D.

Aufruf an sämtliche Tabakarbeiter Westphalens und der angrenzenden Fürstenthümer.

Geschäftsgenossen! Bereits 2 Jahre sind es her, wo von Lemgo aus ein ähnlicher Aufruf zur Abhaltung eines Cigarrenarbeitertages in unserer Gegend an Euch erging; leider wurde die Abhaltung durch die gleich darauf eintretende Geschäftskrise verhindert. Aber der Geist ist doch nicht erloschen und so rufen wir Euch denn abermals zu: Erwacht! Helft uns den Sieg miterringen, den wir erstreben seit langen Jahren! Den Sieg der Arbeit über das Capital!

Geschäftsgenossen! Viele Jahre der Zwietracht und des Haberd liegen hinter uns, mancher wackere Kämpfer mag gedacht haben, wie soll dies enden? was soll daraus werden, wenn sich Arbeiter gegen Arbeiter feindlich gegenüberstellen? Und mit schwerem Herzen mag Mancher den Kampfplatz verlassen haben in der Meinung, daß alles Ansharren doch nicht nütze! Aber Geschäftsgenossen! Dies Alles ist jetzt anders geworden, in allen Schichten der Arbeiter hat sich ein Drang nach einer Vereinigung bemerkbar gemacht, überall hat man eingesehen, daß die Befreiung der Arbeiter vom Joche des Capitals nur durch gut organisirte Vereine angebahnt werden kann. Deshalb rufen wir denjenigen Kollegen, die unserm Deutschen Tabakarbeiterverein noch fernstehen, zu: Tretet in diesen Bund und helft den Sieg miterringen! Wohl wissen wir, daß uns noch viele Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten entgegenstehen, bevor wir den Sieg erringen. Aber dies Alles soll und darf uns nicht abhalten, sondern uns immer zu neuem Streben nach dem gesteckten Ziele auffordern. Nur in jäher Beharrlichkeit und Ausdauer, in der Vereinigung findet man Stärke, Macht und endlichen Sieg!

Erst tritt die Zeit an uns heran und fordert uns auf, nicht länger mehr in Unkenntniß und Uneinigkeit fortzuleben, sondern unsere Lage gründlich zu prüfen, erste Schritte zu wagen, damit wir den Befreiungsmorgen bald begrüßen können. Darum Geschäftsgenossen! Um unsere Lage zu besprechen und Mittel und Wege zu berathen, wie dieselbe zu verbessern, rufen wir in Uebereinstimmung mit dem Verwaltungsrath des „Deutschen Tabakarbeiter-Bereins“ einen allgemeinen Cigarrenarbeiterstag für Westphalen und die angrenzenden Fürstenthümer auf Sonntag den 19., und Montag den 20. September d. J. nach Bielefeld hiermit ein.

In erster Linie setzen wir als Tagesordnung fest:
1) Besprechung über die Lage der Cigarrenarbeiter in unserer Gegend.
2) Der Deutsche Tabakarbeiter-Berein und seine Prinzipien.
3) Die Hausindustrie.
4) Die Frauen- und Kinderarbeit.

Geschäftsgenossen! Sollten von Euch noch andere Bestimmungen betreffs der Tagesordnung gewünscht werden, so sind wir gerne bereit, diesen nachzukommen. Und nun, Kollegen, an die Arbeit, haltet Versammlungen ab und besprecht Euch über Eure Lage und schickt dann Euren Delegirten zu dem Cigarrenarbeiterstage. Wir erwarten, daß Jeder seine Schuldigkeit thut. Besonders fordern wir diejenigen Orte auf, wo Mitgliedschaften unseres Vereins bestehen, in der Nachbarschaft, wo keine Mitglieder sind, zu agitiren und diesen Aufruf zu verbreiten.

Briefe u. s. sind zu senden an H. Heitbrind, Cigarrenarbeiter, Bielefeld.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Für das Comité: H. Heitbrind.
Bielefeld, den 30. Juli 1875.

An die Glasünstler Deutschlands.

Die Glasmacher Dresdens haben bereits unterm 1. Juli einen „Aufruf an die Glasünstler Deutschlands“ beabsichtigt, Gründung eines allgemeinen Glasünstler-Bundes Deutschlands erlassen, welcher gedruckt und unter Kreuzband an alle Glasstätten in Deutschland, soweit es thunlich war, gesendet wurde. Leider sind uns Antwortschreiben nicht in dem Maße, als wir erwartet haben, zugekommen, was sich wohl aus dem Umstande erklären läßt, daß wir nicht überall hin direkte Schreiben richten konnten, sondern die Aufrufe einfach an „die Glasmacher der R. A. Hütte“ senden mußten, insolge dessen viele nicht einmal in die Hände der Glasmacher gelangt sein mögen.

In dem Aufrufe selbst war besonders hervorgehoben, daß die Glasmacher, die freien Künstler, vor Zeiten gesucht und geachtet, heute diese ihre soziale Stellung eingebüßt, sowie durch ihre Uneinigkeit selbst zu dem Verluste ihres Ansehens und vieler pekuniärer Vortheile beigetragen hätten; wie verschieden die Produktionsweise von früher und heute sei; wie der Glasmacher, der eine der schwersten und körperaufreibendsten Arbeiten hat, heute das Doppelte, das Dreifache produziren müsse und nicht besser dastehen als früher; wie traurig es im Krankenunterstützungswesen aussehe, wie wenig auf diesem Felde für das leibliche Wohl des Arbeiters gejorgt sei, so daß der Glasmacher, wenn er seine Kräfte und Säfte am

heißigen Glodfen geopfert und seiner Arbeit nicht mehr vorstehen könne, entweder entlassen, oder ihm aus Gnade eine Arbeit angewiesen werde, bei welcher er sein Leben kaum noch kümmerlich fristen könne, daß aber durch Gründung dieses Bundes alle diese, im Gewerbe eingerissenen Uebelstände, durch Regelung der gewerblichen Verhältnisse, besonders durch Regelung des Lehrlings- und Gehilfenwesens, durch Gründung von Kranken-, Sterbe- und Invalidenklassen beseitigt werden sollen u.

Wir rufen den Kollegen allerorts noch einmal zu, gleichviel, welcher Branche dieselben angehören, sich zusammen zu thun, da es noch Zeit ist, und einen Delegirten zu wählen, der ihre Interessen in dem am 19., 20. und 21. September in Dresden tagenden „Glasünstler-Congress“, vertreten soll, damit ein Statut entworfen und ein Bund gegründet werde, welcher für ganz Deutschland maßgebend ist.

Darum noch einmal Kollegen, auf zum Congress nach Dresden! Wir wollen einen Bund gründen, der unsere Interessen wahr und fördert, der uns durch Regelung unserer gewerblichen Verhältnisse die Achtung und das Ansehen wieder verschafft, welche unsere Vorfahren so lange genossen haben; wir wollen uns in Krankheitsfällen brüderlich unterstützen, wollen Kassen gründen, die, wenn wir alt oder arbeitsunfähig geworden, es uns unnöthig machen, Andern zur Last fallen, oder vom Brodleben leben zu müssen. Der Congress wird, wie schon angedeutet, am 19., 20. und 21. September in Dresden tagen und ersuchen wir alle diejenigen Kollegen, die den Congress beschicken wollen, uns sobald als möglich Nachricht zu geben, damit wir nöthigenfalls für Nachtquartiere sorgen, auch das Weitere mit ihnen verhandeln können.

Als vorläufige Tagesordnung zum Congress haben wir folgende Punkte aufgestellt:

- 1) Wahl des Bureaus.
- 2) Wahl der Mandatprüfungs-Commission.
- 3) Generaldiskussion über die Vorlage.
- 4) Spezialdiskussion und Berathung der Statuten.
- 5) Wahl des Vororts und der Controlcommission.
- 6) Wahl des Vorsitzenden und Kassiers.
- 7) Bestimmung, das „Organ“ betreffend.

Briefe an uns sind zu richten: An die Dresdner Glasmacher, per Adresse: E. Knöfel, Neulöbtau bei Dresden, Tharanderstraße 13.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Aufnahme dieses Aufrufes gebeten.

Briefkasten
der Expedition: Schloß. Bitte: Wenn Sie Nummern des Blattes nicht erhalten haben, so sind dieselben unterwegs verloren gegangen oder gestiegen worden. Schuttm. Frankfurt a. M.: Ihre Reklamation haben wir der hiesigen Postdirektion zur Nachforschung übermitteln. J. Schffr. Niederkaufth. Geben Sie Ihre genaue Adresse an, da wir außer Stunde sind, den geschriebenen Wohnort nach dem Poststempel zu entziffern. Festkomité des Wirths. Hannover: Die Annonce kam seit Mittwoch Mittags 12 Uhr, Abends 7 Uhr in unsere Hände, daher für die Freitagnummer zu spät. Sod. Gotha: Paket erhalten. Besten Dank.

Quittung
der Expedition: A. G. Hamburg Schr. 112,55. Mär hier Ks. 21,00. P. Carlstraße Schr. 3,25. Dr. Halle Schr. 1,30. Ernst Reuenrichen Schr. 0,65. Schmitt Wägel Schr. 2,60. Dyngr Rittich Ks. 1,82. Ernst Vera Schr. 9,00. Schumacher und Schür Raing Ann. 2,50. C. W. Dillfeld Schr. 2,20. Schwyr Bayreuth Schr. 11,60. Hmann hier Ks. 1,20. Wgr Stadt Schr. 9,45. Metallarb. Hannover Ann. 0,70. Sattlerverein Leipzig Ann. 0,40. Wdhfverein Hannover Ann. 1,50. W. Ed. Gotha Schr. 1,19. J. Dbl. Scheibbs Ks. 6,00. J. Org. Florisdorf Ks. 2,00. A. Brdm. Gotha Ks. 2,85. drch fl.

Berlin
Montag, den 16. August, Abends 8 Uhr:
Zwei öffentliche Versammlungen.
1) Rannysstraße 27 bei Renz. — Die Schule im Dienste gegen die Freiheit. Vortrag von Mitau.
2) Landwehrstr. 11 bei Meißner. Vortrag v. Baumann. [50]

Gesundbrunnen Dienstag, den 17. August, Abends 8 Uhr:
Allgemeine Arbeiterversammlung
in Werners Local, Schwebensfr. 19.
Vortrag von Gurlmann. — Gefinnungsgenossen! Thue jeder seine Schuldigkeit. Aug. Feinsch. [60]

Delitzsch Sonntag, d. 15. Aug., von Nachm. 3 Uhr ab findet in den Räumen des Bürgergartens ein
Arbeiter-Fest
statt, bestehend in Concert, Voggelschießen, Gesangs- und declamatorischen Vorträgen, sowie Ball.
Hierzu laden wir alle auswärtigen Parteigenossen freundlich ein.
Das Comité [200]

Hannover Sonntag, den 15. August in Wells-Billa:
Großes Volksfest,
bestehend in Concert und Ball, arrangirt vom sozialdemokratischen Arb.-Bathverein. — Anfang des Concerts im Garten 4 Uhr, des Balls um 8 Uhr.
Entre Herren 25 Pf., Damen 10 Pf.
Herren, die den Ball mitmachen wollen, zahlen 75 Pf. nach. — Karten sind zu haben bei Giede in Linden, bei Matthes, Reustfr. 45. und an der Kasse. Das Fest-Comité. [250]

Leipzig Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Montag, den 16. August, bei Frölich (goldner Ring), Nicolaistraße 38:
Versammlung.
L.-D.: Vortrag, Fragekasten. [50]

Leipzig Allgemeiner deutscher Schneiderverein.
Montag Abend, bei Jakob, Petersstr. 15 (goldner Arm):
Versammlung.
Tagesordnung: Bericht des Delegirten. — Vereinsangelegenheiten. — Fragekasten.
Gäste willkommen. [60]

Leipzig Gewerkschaft der Schuhmacher.
Montag, den 16. August, Abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlung
bei Herrn Richter, Kockplatz 9.
L.-D.: Gewerkschaftliches. — Sozialer Wochenbericht. — Verschiedenes. — Aufnahme neuer Mitglieder. Der Deb. [60]

Leipzig Mittwoch, den 18. August, Abends 8 Uhr in der Tonhalle (Weststraße):
Große Arbeiterversammlung.
L.-D.: Die Reichsrente und das Hülfsloosengesetz. Ref. A. Bebel. Arbeiter erhebt Alle! Der Einberufer [50]

Sangerhausen Montag, den 16. d. s., Abends halb 9 Uhr im Locale des Herrn W. Rosch, Boigt-Adlerstraße:
Sozialisten-Versammlung.
L.-D.: Vortrag von W. Rosch aus Gotha. Um zahlreiche Theilnahme bitten. Der Agent. [70]

Berantwortlicher Redacteur: F. Rindt in Leipzig.
Redaction: Goldstraße 4. Expedition: Jägerstraße 44. in Leipzig.
und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.